

Dr. Wolfgang Albers  
Sprecher für Gesundheit und Wissenschaft  
Mitglied im Fraktionsvorstand

Die Linke Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin • Niederkirchnerstr. 5 • 10111 Berlin

DBfK Nordost e.V.

Geschäftsführerin

Ulla Rose

Alt-Moabit 91

10559 Berlin

04.11.2015

Sehr geehrte Frau Rose,

Sie haben mich mit Schreiben vom 14.10.2015 gebeten, ein Gründungsgesetz zur Schaffung einer Pflegekammer in Berlin mit auf den Weg zu bringen.

Ich kann Ihnen versichern, nichts liegt mir ferner.

Mittlerweile liegen dem Petitionsausschuss des Abgeordnetenhauses mehr als 200 Petitionen gegen eine Pflegekammer vor. Dazu kommen eine von 409 AltenpflegeschülerInnen unterschriebene Sammelpetition, die mir als dem Ausschussvorsitzenden des Gesundheits- und Sozialausschusses übergeben wurde, sowie bis zum heutigen Tag eingegangene 47 Einzelbriefe, in denen wir allesamt gebeten werden, eine Pflegekammer in Berlin zu verhindern. Zudem hat uns der Gesamtbetriebsrat der Sana-Kliniken gebeten, in diesem Sinne tätig zu sein.

Die von Ihnen zitierten "Studien" helfen Ihnen in ihrer Argumentation wenig.

Zweifel wurden dadurch keineswegs "regelmäßig" ausgeräumt. Da dürfte wohl mehr der Wunsch Vater des Gedankens sein.

Auf Seite 19 der Studie zur Akzeptanz bei den Pflegeschülern erklären die Verfasser ihre eigene Studie für nicht repräsentativ. Darüber mag man gerne streiten, nur handelt es sich bei dieser Aussage zunächst einmal um eine Feststellung der Verfasser und wurde von niemandem hinein interpretiert.

Die Akzeptanz einer Pflegekammer in Berlin ist also keineswegs so unumstritten, wie Sie es darstellen. Natürlich spaltet die Pflegekammer die Pflegenden, weil sie große Teile der in der Pflege Tätigen ausschließen würde und natürlich spräche eine solche Kammer ganz sicher nicht mit einer Stimme. Aber darüber muss man hier nicht streiten, den Disput tragen wir dann gerne öffentlich aus.

In Rheinland-Pfalz benötigen Kandidatinnen und Kandidaten, die an den Kammerwahlen teilnehmen wollen, 150 Unterstützerunterschriften für ihre Kandidatur. Eine absurde Regelung, die viele Beschäftigte in kleineren Einrichtungen benachteiligt.

Auch hat man dort den zukünftigen Zwangsmitgliedern bis heute nicht mitgeteilt, mit welchen Beiträgen sie zu rechnen haben. Man macht den Leuten offenbar ein X für ein U vor.

Sie selber wissen aus den beiden Berliner Umfragen, dass die Beitragsfrage eine wesentliche Bedeutung für die vermeintliche Zustimmung der Befragten hatte. Mit der Höhe der real zu erwartenden Beitragssummen sinkt die Zustimmung rapide. Es wäre interessant, dazu von Ihnen eine klare Positionierung für die interessierte Öffentlichkeit zu erhalten. Wenn Sie nur knapp die Hälfte des Etats der Berliner Ärztekammer (12,9 Mio. Euro 2014) für ihre Arbeit reklamieren wollten, müssten Sie von den 28.803 potentiellen Mitgliedern ihrer zukünftigen Kammer (Zahl aus der ersten Akzeptanzstudie) 18,80 Euro monatlich kassieren. Allerdings waren nur 68 der Befragten der ersten Studie bereit mehr als 11 Euro zu bezahlen. Das waren 5,6 Prozent aller Befragten. Akzeptanz sieht anders aus.

Im Doppelhaushalt 2016/2017 sind keine Mittel für die Pflegekammer vorgesehen. Es gibt dafür zur Zeit auch keine parlamentarische Mehrheit. Damit wird es in der laufenden Legislaturperiode keine Gründung einer solchen Kammer geben.

Ich sehe auch nicht, dass es in der nächsten Legislaturperiode eine politische Chance für die Umsetzung ihres Wunsches nach der Verkammerung des Pflegeberufs in Berlin geben wird.

Wir jedenfalls werden unseren politischen Einfluss im Interesse der in der Pflege Beschäftigten dazu nutzen, eine Pflegekammer in Berlin auch zukünftig zu verhindern.

Mit freundlichem Gruss

Dr. Wolfgang Albers